Zeitung der Grünen Seedorf, Oktober 2014

GRÜNE Seedorf

bewegt

www.gruene-seedorf.ch

ökologisch konsequent. sozial engagiert. global solidarisch

Erkennen Sie diese Personen? Die Lösung finden Sie in dieser Zeitung und auf Seite 8.

Ein etwas anderer Vergleich der Wohnsitzqualität

Was ist Seedorf wert?

Seedorf hat Qualität, auch wenn es im nationalen Vergleich mit wirtschaftlichen Kennzahlen nicht zu den Spitzenreitern gehört. Seine Vorzüge liegen in anderen Bereichen. Ein persönliches Gemeinde-Ranking von Ueli Hügli, Gemeinderat von Seedorf.

Gemeinden werden gerne nach der Wohnsitzqualität in Ranglisten bewertet. In einer solchen, neudeutsch «Ranking» genannten, Liste aller Gemeinden mit mehr als 2000 EinwohnerInnen, rangiert Seedorf auf dem 789. von 900 Plätzen. Beurteilt wurden die Gemeinden nach Werten und Kennzahlen wie Höhe der Steuern, Arbeitsmarkt und Reichtum.

Ganz anders misst Bhutan in Asien das Wohlbefinden seiner EinwohnerInnen: Bildung, Umwelt, Lebendigkeit der Gemeinschaft und Teilnahme am kulturellen Leben sind wichtige Kriterien. Ich gebe zu, dieser zweiten Wertung bringe ich mehr Sympathie entgegen. Hier hätte Seedorf einen der vorderen Plätze verdient.

Ressourcen schonen

Die Zunahme der Photovoltaik-Installationen in unserer Gemeinde ist ein Zeichen des wachsenden Umweltbewusstseins. Es ist ein Schritt in die richtige Richtung: vom umsichtigen Umgang mit der uns zur Verfügung stehenden Energie zu einer respektvollen Haltung gegenüber unserer natürlichen Umwelt. Der Lobsigensee, zugleich Naturschutz- und Landwirtschaftsgebiet, Weltkulturerbe und Naherholungsgebiet, ermöglicht es uns, zwischen verschiedensten Interessen einen Ausgleich zu schaffen.

Vereine unterstützen und Begegnungsorte schaffen

Erst als Gemeinderat mit dem Ressort Kultur wurde mir bewusst, wie vielfältig und reich das Vereinsleben in unserer Gemeinde ist. Vereine pflegen wohl die eigenen Interessen. Sie kümmern sich aber auch um das Wohlergehen ihrer Mitglieder. Vereine verdienen Unterstützung und gute Rahmenbedingungen, damit sie sich entfalten können. Begegnungsorte braucht es auch ausserhalb der Vereine. Die Gestaltung des Dorfzentrums als Begegnungsort der Generationen ist eine einmalige Gelegenheit, unser Dorfleben zu bereichern.

Ich bin überzeugt: Fortschritte in Bereichen wie Umwelt oder kulturelle Teilhabe führen auch zu Fortschritten in anderen, klassischen Rankings.

Ueli Hügli, Gemeinderat Ressort Soziales, Kultur und Freizeit, Mitglied Fachgruppe erneuerbare Energie, Kandidat Gemeinderat

Gemeinderatswahlen 2014

Es ist wieder soweit: In unserer Gemeinde finden im Herbst Gemeindewahlen statt. Auch wir von den Grünen Seedorf beteiligen uns daran. Wir wollen weiterhin mit viel Engagement die Gemeindepolitik mitprägen. Wir sind eine kleine Partei. Trotzdem haben wir einiges bewegen können in unserer Gemeinde. So haben wir mit einer Petition die Gründung der Fachgruppe «Erneuerbare Energie» erreicht, dank deren Wirken heute die Gemeinde auch auf kantonaler Ebene positiv wahrgenommen wird. Es gibt aber noch viel zu tun, helfen Sie mit, die Zukunft unserer Gemeinde zu gestalten und gehen Sie wählen. Am meisten unterstützen Sie uns, indem Sie Liste 4 einlegen. Wir danken Ihnen für Ihre Unterstützung!

Christoph Waber,
Präsident Grüne Seedorf

Inhalt

Seite 3
Landschaft schützen – Lebensqualität erhalten

Seite 4
Grüne Gründe gegen «Ecopop»

Seite 6
Zeit für Wiedergutmachung

Seite 7
Natur und Kultur am Lobsigensee

In die Vielfalt investieren!

Ich lebe seit gut fünf Jahren in Seedorf, zusammen mit meinem Partner und unserer gemeinsamen Tochter. Mein Mann und ich sind beide berufstätig. Die freien Tage und Wochenenden sind reich ausgefüllt mit Tätigkeiten rund um den Umbau unseres alten Kleinbauernhauses, der Haltung unserer Schafe, des Gemüse- und Blumengartens und der Betreuung unserer Tochter. Als Patchwork-Familie erhalten wir immer wieder Besuch der inzwischen erwachsenen Kinder meines Partners. Diese Vielfalt unter einen Hut zu bringen, ist herausfordernd, lebendig und sehr bereichernd.

Eine Gemeinde, die vielfältige Begegnungen für Familien, Kinder und Jugendliche wie auch für Alleinstehende und ältere Menschen ermöglicht, fördert die menschliche und kulturelle Vielfalt und nutzt deren Ressourcen. Das macht die Gemeinde stark und lebendig. Ich setze mich ein für ein vielfältiges und lebendiges Seedorf, wo man sich unkompliziert und über kulturelle Grenzen hinweg austauscht und unterstützt.

Als berufstätige Sozialpädagogin, Mutter und Hausfrau begrüsse ich es sehr, dass in unserer Gemeinde Strukturen und Angebote geschaffen werden, die verschiedene Formen des familiären Alltags erleichtern und ermöglichen. Die Investitionen in Angebote wie die Tagesschule, familienergänzende Kinderbetreuung, öffentliche Spielplätze oder die Jugendfachstelle erachte ich als zukunftsweisend. Sie machen die Gemeinde auch für junge Familien attraktiv.

Unser Garten ist wild und üppig. Nicht nur, weil uns oftmals die Zeit fehlt, alles zu hegen und pflegen. Auch in der Natur und Landschaft, die uns umgibt, setze ich mich für eine lebendige, natürliche Vielfalt und einen sorgsamen Umgang ein!

Véronique Bodmer,
Vorstandsmitglied Elternforum,
Kandidatin Gemeinderat

Heute investieren, morgen nutzen und übermorgen profitieren

Für eine nachhaltige Bildungsstrategie

Im September hat die Gemeinde über die Zukunft der Seedorfer Schulen informiert. Die Bildungskommission und der Gemeinderat haben drei Varianten für eine sanfte Modernisierung und Optimierung der Schulen Seedorf erarbeitet. Nun liegt die Entscheidung bei der Bevölkerung.

Ein kluger Denker sagte einmal: «Wer glaubt, Bildung sei teuer, der möge es mit Dummheit versuchen.» Das ist treffend formuliert. Finanzielle Mittel für Bildungsfragen sind wegen ihres grossen Nutzens eine gute und nötige Investition in die Zukunft. Deshalb dürfen anfallende Kosten für Forschung, Didaktik und Ausbildung nicht gescheut werden.

Was ist mir die Ausbildung unserer Kinder wert?

Diese Frage muss sich zur Zeit die Seedorfer Bevölkerung stellen. Sie wurde Mitte September an einem Anlass dazu aufgerufen, sich an der Entscheidungsfindung zur Zukunft der Seedorfer Schulen aktiv zu beteiligen. Die Bildungskommission und der Gemeinderat sind sich einig, dass eine sanfte Modernisierung und Optimierung der Schulen Seedorf sinnvoll ist. Die beiden Gremien haben drei Varianten erarbeitet. Ich favorisiere eine Variante, die mehr Selbstbestimmung, pädagogisch-zeitgemässes Unterrichten und eine Verbesserung der Chancengleichheit von Real- und SekundarschülerInnen vereinigt. Sie sieht die Errichtung einer eigenen Oberstufe in Seedorf mit fünf Parallelklassen und einem durchlässigen Modell vor und kostet 6,6 Millionen Franken. Darin enthalten sind die unumgänglichen und längst überfälligen Investitionen von 3,4 Millionen Franken für die Sanierung der Schulgebäude und deren Energieversorgung.

Entscheid liegt nun bei Seedorfer Bevölkerung

Der Gemeindepräsident hat beim Informationsanlass vom September klar formuliert, dass sich die Gemeinde diese Bestvariante nicht leisten könne, die BürgerInnen von Seedorf aber vielleicht schon. Eine Erhöhung der Steueranlage um 1,6 Steuerzehntel (bei den anderen Varianten 0,73 respektive 0,62) müsste beschlossen werden.

Die Entscheidung liegt bei der Seedorfer Bevölkerung. Wie hoch gewichtet sie die Ausbildung kommender Generationen? Möchte sie die bestmöglichen Bedingungen für die Schule mitfinanzieren? Ich, für meinen Teil, bin gerne bereit, die Ausbildung der Seedorfer Kinder mitzutragen. Denn damit ermöglichen wir unseren Kindern, sich selbstständig in der Welt zurechtzufinden und lebenslanges Lernen nicht als Bürde sondern als eine positive Herausforderung zu empfinden.

Sina Känel, Mitglied der Bildungskommission,
Kandidatin Gemeinderat

Die Grünen engagieren sich für eine nachhaltige Bildungsstrategie – nachhaltig wie unser Schulhaus (1927).

Die Raumplanungsdebatte im Kanton Bern ist eröffnet

Landschaft schützen – Lebensqualität erhalten

Mit der Revision des Baugesetzes und den Anpassungen des Richtplans steht im Kanton Bern eine wichtige raumplanungspolitische Debatte an. Die Abstimmungen zum Raumplanungsgesetz, zur Zweitwohnungsinitiative und zu vielen kommunalen Ortsplanungen zeigen, dass diese Diskussion bei der Stimmbevölkerung auf reges Interesse stösst. Kein Wunder, geht es dabei doch um die Zukunft der Landschaft und der Lebensqualität.

Im Jahr 2007 lancierte ein breites Bündnis unter Beteiligung der Grünen die eidgenössische Landschaftsinitiative. Kernpunkt der Initiative war die Forderung nach einem 20-jährigen Moratorium für neue Bauzonen. Als Reaktion auf die Initiative kam es zur Revision des Raumplanungsgesetzes, die in einer Volksabstimmung im Jahr 2013 mit fulminanten 63 Prozent Ja-Stimmen angenommen wurde. Das deutliche Resultat erstaunt nicht: In der Schweiz wird pro Sekunde ein Quadratmeter Grünfläche verbaut. Im Kanton Bern entspricht das einem Fussballfeld – pro Tag!

Komplexe Zuständigkeiten

Für die Raumplanung sind gemäss der Bundesverfassung die Kantone zuständig – faktisch ist die Raumplanung jedoch eine Verbundsaufgabe von Bund, Kantonen und Gemeinden. Der Bund definiert mit dem Raumplanungsgesetz (RPG) die Rahmenbedingungen; erfreulicherweise hat das neue RPG die Rolle des Bundes gestärkt. Auf kantonaler Ebene sind der Richtplan sowie das Baugesetz die zentralen Steuerungsinstrumente. Der Richtplan dient der innerkantonalen Koordination raumwirksamer Tätigkeiten, während das Baugesetz den rechtlichen Rahmen zum Bau- und Planungswesen bildet. Die Kompetenz für die wichtigen Ortsplanungen liegt bei den Gemeinden: «Die Gemeinden sind in ihrer Ortsplanung […] frei», hält das Baugesetz fest. Tangiert wird die kommunale Autonomie durch die Regionalplanung, welche überkommunale Grundlagen wie die *Regionalen Gesamtverkehrs- und Siedlungskonzepte* erarbeitet.

Mangelhafte Ortsplanungen

Diese komplexen Zuständigkeiten sind nicht gut für eine nachhaltige Raumplanung. Der jüngst veröffentlichte Raumplanungsbericht des Kantons Bern hält fest, dass die Qualität der Ortsplanungen seit einiger Zeit «bescheiden» sei. «Der Mangel an gesamtkonzeptionellen Überlegungen bei Ortsplanungen» habe sich in den letzten Jahren akzentuiert; Ortsplanungen würden oft als blosse «Pflichtübung betrachtet, die mit möglichst wenig Aufwand absolviert werden soll.» Das ist ein deutlicher Weckruf.

Debatte über Zuständigkeiten

Die vom Regierungsrat ins Spiel gebrachte Verschiebung der Planungskompetenz von den Gemeinden hin zum Kanton würde eine überkommunale Koordination der Raumplanung erleichtern. Dies käme dem Schutz des Kulturlandes entgegen. Allerdings sind die Widerstände gross – der mächtige Gemeindeverband beklagte prompt einen «Raubzug auf die Planungs- und Finanzautonomie der Gemeinden». Doch eine differenzierte Debatte lohnt sich. Ein guter Kulturlandschutz verträgt sich schlecht mit einem rein kommunal gesteuerten Blick.

Blaise Kropf, Präsident Grüne Kanton Bern, Grossrat

So eben nicht: Der Kanton Bern braucht zwar eine Weiterentwicklung, aber am richtigen Ort und mit klaren Rahmenbedingungen.

Keine Angst vor eigenem Mut

Der Regierungsrat hat mit dem Aufwerfen der Frage, ob die Kompetenzen in der Raumplanung von den Gemeinden zum Kanton verschoben werden sollen, Mut, Innovationskraft und Eigenständigkeit bewiesen. Die Grünen freuen sich darüber und beantworten die Frage mit einem klaren Ja. Es gibt zwar einige Gemeinden, welche ihre raumplanerische Verantwortung vorbildhaft wahrnehmen; mehrheitlich trägt die kommunale Verantwortung jedoch nicht zu Qualität, sondern zur Zersiedelung bei. Es ist deshalb zu hoffen, dass der Regierungsrat die Courage nicht verliert und seine Überlegungen konsequent weiterverfolgt. Kommende Generationen werden es ihm danken.

Mut bräuchten die kantonalen Behörden auch bei anderen Inhalten der Baugesetzrevision. Besseren Schutz benötigen zum Beispiel nicht nur Fruchtfolgeflächen, sondern generell die landwirtschaftlichen Nutzflächen. Und um die Zersiedelung zu stoppen, ist eine klare Festlegung des Siedlungsgebiets mit verbindlichen Siedlungsbegrenzungslinien unabdingbar. Die Grünen haben in ihrer Stellungnahme zur Baugesetzrevision unter anderem diese Punkte eingefordert.

Daphné Rüfenacht, Grossrätin Grüne

Nein zur Ecopop-Initiative

Grüne Gründe gegen «Ecopop»

Am 30. November kommt die Ecopop-Initiative zur Abstimmung, die verbindliche und tiefe Zuwanderungslimiten fordert. Die Grünen lehnen die Initiative ab, da sie nicht zur Lösung der Umweltprobleme beiträgt und stattdessen die Rechte von MigrantInnen untergräbt.

Der antike Philosoph Epiktet hat vor fast 2000 Jahren ein Phänomen der heutigen Zeit auf den Punkt gebracht: «Es sind nicht die Dinge selbst, die uns ängstigen, sondern die Vorstellung, die wir von den Dingen haben.» Diffuse Existenzängste bestimmen die Diskussion um die «Überbevölkerung». Egal, ob diese Ängste begründet sind oder nicht, die Ecopop-Initiative ist die falsche Antwort. Die Initiative führt mit ihrer starren Obergrenze für die Zuwanderung zu einem weiteren Bruch mit Europa und zielt an den wahren Problemen vorbei.

Umweltprobleme kennen keine Grenzen

Die Zuwanderungsbeschränkung ist kein Allerweltsheilmittel. Die effektiven Ursachen für die Umweltbelastung und den Kulturlandverlust sind eine schlechte Raumplanung und unser Konsumverhalten – also wir selber. Statt dies zu benennen, sind gemäss «Ecopop» die Eingewanderten dienliche Sündenböcke. Doch Umweltprobleme, insbesondere der Klimawandel, kennen keine Grenzen. Es ist einerlei, ob ein Mensch in Spanien oder der Schweiz lebt – entscheidend ist, *wie* er lebt. Eine globale Sichtweise drängt sich auf. Diese wollen uns auch die InitiantInnen von «Ecopop» vorgaukeln. Quasi als «Gegenmittel» zur Einwanderungsbeschränkung sollen 10 Prozent der Entwicklungshilfegelder in die Familienplanung fliessen. Die Geburtenrate wird allerdings vielmehr von der Schulbildung und der wirtschaftlichen Entwicklung eines Landes geprägt. Und hier spielt die Schweiz tatsächlich eine Rolle; mit unlauteren Steuerpraktiken der Rohstoffhandelsfirmen zum Beispiel. Unternehmen müssen ihre Verantwortung gegenüber den Entwicklungsländern wahrnehmen, wie dies die Initiative «Recht ohne Grenzen» fordert.

Berner Grüne unterwegs an die Kundgebung für eine offene und solidarische Schweiz vom März

Grüne Lösungen

Die richtigen Antworten auf Umweltprobleme und Klimawandel sind ein bewusstes Konsumverhalten, Ressourceneffizienz, eine gute Raumplanung und nicht zuletzt verantwortungsbewusste Unternehmen in der Schweiz, wie wir Grünen sie durch unsere Politik, etwa die Initiative für eine Grüne Wirtschaft, propagieren. Dafür lohnt es sich zu kämpfen.

Alec von Graffenried, Nationalrat Grüne

Umweltprobleme kennen keine Grenzen

«Wenn alle so leben würden, wie wir hier in der Schweiz, bräuchten wir auf die Dauer 2,8 Planeten. Es braucht einen Kurswechsel, um langfristig eine hohe Lebensqualität für alle zu ermöglichen. Die Ecopop-Initiative blendet aber aus, dass Umweltprobleme keine Grenzen kennen. Entscheidend ist nicht, ob jemand im Tessin oder in Italien lebt; entscheidend ist, wie sie oder er lebt. Gegen Ressourcenverschleiss, Luftverschmutzung und Zersiedelung braucht es darum nicht eine andere AusländerInnenpolitik, sondern eine konsequente Umweltpolitik.»

Eliane Brechbühl,
Studentin Materialwissenschaft

Nein zu vorgegaukelter Planbarkeit

«Entwicklungszusammenarbeit und der Schutz unserer Lebensgrundlagen sind wichtig. Beide Aspekte nennt die Ecopop-Initiative. Doch die Initiative ist beliebig, in dem sie nicht nennt, was mit der ‹Sicherstellung der natürlichen Lebensgrundlagen› gemeint ist. Umso verwirrender, dass dann in der Verfassung eine mathematisch genaue Regelung zur Einwanderung fixiert werden soll – willkürlich gewählte Zahlen, die eine Planbarkeit vorgaukeln. Dass wir uns zudem auf Verfassungsebene dazu verpflichten sollen, in anderen Ländern in die Familienplanung einzugreifen, empfinde ich schlicht als widerliche Bevormundung anderer Kulturen.»

Peter Stämpfli, Unternehmer, Bern

SFH sagt Nein zu Ecopop

«Durch die drastische von der Initiative vorgegebene Reduktion der Zuwanderung würden zwangsläufig Schutz suchende Menschen gegen MigrantInnen aus wirtschaftlichen Gründen ausgespielt. Verlierer wären die Flüchtlinge. Die von den Initianten angepeilte Beschneidung der direkten Hilfe der Schweiz für die Ärmsten dieser Welt zugunsten einer chauvinistisch motivierten Familienplanung vermöchte keinen Beitrag zur Abschwächung des Bevölkerungswachstums zu leisten. Die Ecopop-Initiative ist deshalb als untauglicher Versuch, die ökologischen Belastungen durch eine Reduktion von Menschen in der Schweiz und in der Dritten Welt zu reduzieren, abzulehnen.»

Beat Meiner, Generalsekretär Schweizerische Flüchtlingshilfe SFH

Fair-Food-Initiative: jetzt unterschreiben

Für gesunde und faire Ernährung

Die Fair-Food-Initiative verlangt, was längst selbstverständlich sein sollte: Lebensmittel aus einer naturnahen, umwelt- und tierfreundlichen Landwirtschaft mit fairen Arbeitsbedingungen. Um dies sicherzustellen, braucht es auch für importierte Nahrungsmittel klare ökologische und soziale Standards.

Essen Sie gerne Eier von Hühnern aus Legebatterien? Mögen Sie Fleisch von Tieren aus schlechter Haltung, vollgepumpt mit Antibiotika? Kaufen Sie Kleider, welche in Bangladesch unter unsozialsten Umständen hergestellt wurden? Sie nicht, ich auch nicht. In der Schweiz sind diese Produktionsweisen heute nicht mehr erlaubt. Die Fair-Food-Initiative der Grünen will das auch für importierte Waren erreichen.

Die Schweiz importiert rund die Hälfte ihrer Nahrungsmittel. Dadurch gelangen auch Lebensmittel aus industrieller Massenproduktion auf den Markt, welche auf eine Art und Weise hergestellt werden, die in der Schweiz nicht zulässig ist oder zu starken Umweltproblemen führt. Die Billigkonkurrenz der Agroindustrie führt zu einem Öko- und Sozialdumping und die Lebensmittelqualität gerät unter Druck.

Fair schmeckt besser

Hier will die Fair-Food-Initiative auf zwei Wegen Verbesserungen erwirken. Erstens sollen in der Schweiz grundsätzlich nur Esswaren in den Verkauf gelangen, die mindestens nach den hier geltenden Umwelt- und Tierschutznormen sowie unter Einhaltung von fairen Arbeitsbedingungen produziert wurden. Zweitens sollen Produkte aus naturnaher, bäuerlicher Landwirtschaft, fairem Handel sowie aus regionaler und saisonaler Produktion und Verarbeitung einen Marktvorteil erhalten. Die Auswirkungen von Transport und Lagerung auf die Umwelt wie auch die Verschwendung von Lebensmitteln sind zu reduzieren. Ebenso soll die Information für die KonsumentInnen verbessert werden.

Gut für KonsumentInnen und Umwelt

Durch die Fair-Food-Initiative entsteht ein fairer Markt für nachhaltig hergestellte Lebensmittel. Gut für die ProduzentInnen, KonsumentInnen, Umwelt und Gesellschaft: sowohl in der Schweiz, wie auch anderswo, wo für uns Essen produziert wird. Unterschreiben Sie jetzt die Fair-Food-Initiative. Den Unterschriftenbogen zum Download finden Sie auf www.fair-food.ch.

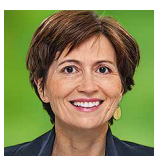
Aline Trede, Nationalrätin Grüne

Die Fair-Food-Initiative führt auch zu einer tierfreundlichen Landwirtschaft.

Ja zur Volksinitiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre»

Steuergerechtigkeit jetzt!

Die Initiative «Schluss mit den Steuerprivilegien für Millionäre», die am 30. November zur Abstimmung kommt, will die Pauschalsteuer gesamtschweizerisch abschaffen. Die Grünen engagieren sich für ein Ja zur Initiative, um dem unfairen Steuer- und Standortdumping durch die Pauschalsteuer ein Ende zu setzen.



Die starke Zuwanderung in die Schweiz ist eine Folge des Standort- und Steuerdumpings. Internationale Unternehmen verlegen ihren Hauptsitz in die Schweiz, weil sie hier kaum Steuern bezahlen und trotzdem auf gute staatliche Dienstleistungen zählen können. Auch für reiche AusländerInnen gibt es ein spezielles Lockvogelangebot: die sogenannte Pauschalbesteuerung. Gut situierte AusländerInnen können auf kantonaler und eidgenössischer Ebene von der Pauschalbesteuerung profitieren, sofern sie in der Schweiz keine Erwerbstätigkeit ausüben.

Privilegien für russische Oligarchen?

Dieses System schafft zwei Arten von Ungleichheit. Erstens privilegiert es ausländische Reiche gegenüber inländischen Reichen. Zweitens privilegiert es äussert vermögende Personen gegenüber den ArbeitnehmerInnen mit Lohnausweis und den einheimischen KMU. Der russische Oligarch Viktor Vekselberg zum Beispiel ist einer der über 5000 Pauschalbesteuerten. Er ist nicht in die Schweiz gekommen, um hier als glücklicher Rentner Rosen zu züchten. Nein, der Milliardär und Grossaktionär lebt in der Schweiz, um hier seine Steuern zu optimieren. Als die Bevölkerung im Kanton Zürich die Pauschalsteuer abschaffte, zog die Nummer 52 auf der Weltrangliste der Reichsten deshalb flugs in den Kanton Zug weiter.

Initiative will Pauschalsteuer gesamtschweizerisch abschaffen

Damit die kantonalen Bemühungen zur Aufhebung der Pauschalsteuer nicht von den Nachbarkantonen ausgebootet werden, will eine nationale Initiative reinen Tisch machen. Der Bundesrat lehnt die Initiative ab. Er lehnt sie ab, obwohl er damit eine Rechtsungleichheit zementiert. Er lehnt sie ab, obwohl er damit den Grundsatz der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit aushebelt. Er lehnt sie ab, obwohl er so die Steuermoral untergräbt. Er lehnt sie ab, obwohl er die Steuerflucht aus anderen Ländern fördert. Umso wichtiger ist es, dass sich die Grünen engagiert gegen das Steuer- und Standortdumping einsetzen.

Regula Rytz, Nationalrätin und Co-Präsidentin Grüne

Wiedergutmachung für Verdingkinder und Opfer fürsorgerischer Zwangsmassnahmen

Zeit für Wiedergutmachung!

Dank Vorstössen der Grünen wurden im Kanton Bern erste wichtige Schritte für die Aufarbeitung der Geschichte der Verdingkinder angegangen. Doch das immense Leid der Betroffenen dauert an. Unterschreiben Sie jetzt die Wiedergutmachungsinitiative.

Anna kam in meiner Kindheit oft zu uns in die Ferien. Anna war eine alleinstehende Frau mit viel Herz für andere und einer traurigen Lebensgeschichte. Sie konnte als Kind nicht daheim bleiben, wurde herumgeschoben, kam von halbherzigen zu herzlosen Menschen. Anna erzählte uns, wie es ihr einmal gelungen war, ihrem Grossvater zu schreiben, dass es ihr an ihrem Pflegeplatz nicht gut gehe. Die Grosseltern holten sie für eine Weile zu sich nach Hause. Diese Zeit blieb Anna als die schönste ihrer Kindheit in Erinnerung. Später kamen neue Entscheide und sie musste wieder weg. Anna, die wie alle Kinder Geborgenheit und Zuwendung gebraucht und verdient hätte, war der Laune von Erwachsenen, den Verfügungen der Behörden und der Willkür ihrer Zeit ausgesetzt.

Erste wichtige Schritte im Kanton Bern

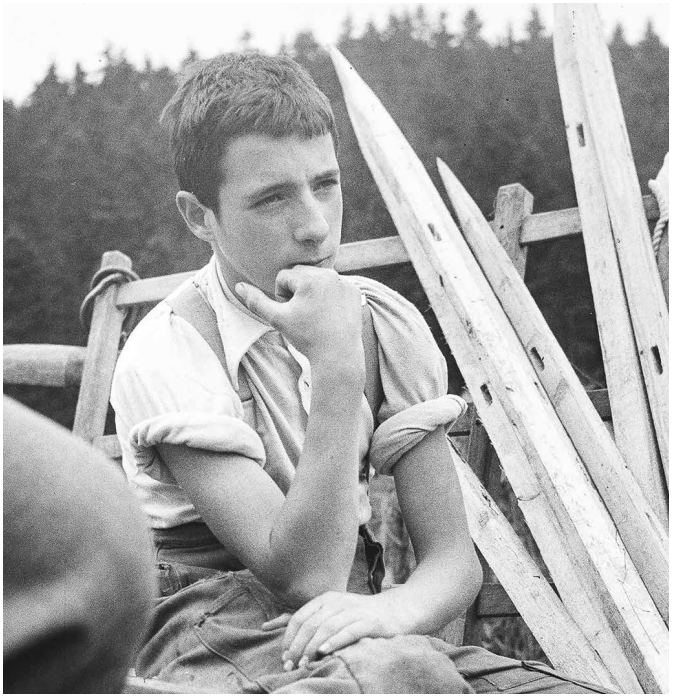
Bereits 2006 habe ich mit einer Motion an diesem düsteren Kapitel der Berner Geschichte gekratzt und die Aufarbeitung der Geschichte der Verdingkinder gefordert. Die Regierung wollte nichts davon wissen, glücklicherweise verschloss sich aber der Grosse Rat den aufwühlenden Geschichten der ehemaligen Verdingkinder nicht und überwies ein Postulat. Im März 2011 genehmigte der Grosse Rat meinen Vorstoss, der einen Fonds für Verdingkinder und die Opfer von administrativen Massnahmen forderte. Seit 2014 können sich Opfer nun bei der Opferhilfestelle anmelden.

Wiedergutmachung für die Opfer

Vielen Betroffenen fällt es schwer, über ihr Schicksal zu sprechen. Dass sie bereit waren, ihre Geschichten preiszugeben, bietet uns die Chance, daraus zu lernen. Was den Verdingkindern und Opfern von administrativen Massnahmen zugestossen ist, darf nicht passieren. Damals nicht, aber auch heute und in Zukunft nicht. Das Leid, das diesen Menschen zugefügt wurde, fordert unsere Lernbereitschaft für die Zukunft, aber auch eine ehrliche Wiedergutmachung.

Wer etwas beitragen will, sammelt Unterschriften für die Wiedergutmachungsinitiative (www.wiedergutmachung.ch). Denn auch heute haben wir eine ganz besondere Verantwortung gegenüber jenen Menschen, die sich nicht selber wehren können. Treten wir ein für Menschen in besonderen Verhältnissen und schwierigen Lebenslagen – gemeinsam!

Christine Häsler, Grossrätin Grüne



Der Verdingbub «Chrigel», Madiswil im Kanton Bern, 1944

Le français d'abord

In jeder 1. August-Rede werden der Föderalismus und die Mehrsprachigkeit unseres Landes gelobt. Zu Recht, meine ich. Das friedliche Zusammenspiel verschiedener Sprach- und Kulturgemeinschaften in der Schweiz ist eine der grossen Stärken unseres Kleinstaates. Für mich persönlich ist diese Mehrsprachigkeit eine Bereicherung und etwas von dem, was ich an der Schweiz am meisten liebe. Mehrsprachigkeit und gutes Zusammenleben ergeben sich nicht von alleine. Damit wir nicht am Ende in der Schweiz alle Englisch miteinander reden, braucht es einen Effort, ein Engagement aller. Die Welschen lernen alle in der Schule als erste «Fremd»sprache Deutsch. Für sie ist das eine Selbstverständlichkeit und zugleich eine Notwendigkeit, um als Minderheit in unserem Land bestehen zu können. Gerade wir DeutschschweizerInnen sollten als Mehrheitsgruppe in diesem Land unseren Beitrag zur Mehrsprachigkeit leisten. In Staaten mit einer so deutlichen Mehrheit einer Gruppe liegt es in erster Linie an der grössten Gruppe, auf die Minderheiten zuzugehen. Deshalb ist es für uns BernerInnen selbstverständlich, in der Volksschule als erste «Fremd»sprache eine Landessprache zu lernen. «Le français d'abord» ist für uns nicht verhandelbar. Leider haben die Kantone der Zentral- und Ostschweiz dies vor zehn Jahren anders entschieden und «English first» eingeführt. Aus Berner Sicht und letztlich aus Sicht der Schweiz war dies ein Fehler.
Nun wird in verschiedenen Kantonen diskutiert, den Unterricht des Französischen ganz aus der Schule zu kippen oder in die Oberstufe zu verbannen. Das Risiko besteht, so den Sprachfrieden in unserem Land zu gefährden. Wenn sich Teile der Deutschschweiz schleichend vom Französischen verabschieden, werden sich die verschiedenen Regionen der Schweiz immer weniger verstehen. Denn sich verstehen heisst, aufeinander zugehen und miteinander sprechen. Deshalb ist das Sprachenlernen so wichtig. Ich setze mich als Erziehungsdirektor dafür ein, dass Bern bei der Priorität fürs Französische bleibt – und versuche auch, wo immer ich kann, mitzuhelfen, die Ost- und Zentralschweizer Kantone zu überzeugen, diese Stärke der Schweiz nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen.

Bernhard Pulver, Regierungsrat und Erziehungsdirektor

Aktionstag für die Erhaltung des Lobsigensees

Natur und Kultur am Lobsigensee

Der Aktionstag der Grünen Seedorf vom 13. September 2014 war ein voller Erfolg. Die Bevölkerung von Seedorf kam in grosser Zahl – und sie will etwas bewegen.

Der Lobsigensee droht zu kippen. Tote Fische sind das sichtbare Zeichen der Abwärtsentwicklung. Die Probleme sind erkannt. Einfache Lösungen gibt es für ein labiles Ökosystem aber nicht. Erst recht nicht, wenn gegensätzliche Interessen von Natur, Landwirtschaft und Archäologie aufeinanderprallen. Es ist fünf vor zwölf, wir müssen handeln. Den Auftakt dazu haben die Grünen Seedorf im September mit einem Aktionstag gegeben.

Impressionen vom Aktionstag für die Erhaltung des Lobsigensees

Pfahlbauerzeit aktiv erleben

Der Aktionstag zum Lobsigensee verfolgte zwei Ziele. Erstens soll die Bevölkerung informiert und sensibilisiert werden. Dazu diente eine Ausstellung in der Turnhalle zu den prähistorischen Funden, zur Hydrologie, zur Natur am Lobsigensee. Weiter stellte sich die Jugend-Naturschutzgruppe JNAL vor. Draussen liessen sich Junge und Junggebliebene mit Speer- und Bogenschiessen in die Pfahlbauerzeit zurückversetzen. Die präsentierten Funde aus der Zeit vor 5000 bis 6000 Jahren informierten lebendig über unsere Ureinwohner. Der andere lebendige Informationsteil war der Rundgang mit Fachleuten aus Archäologie, Botanik und Landwirtschaft um den Lobsigensee. Der Andrang der Bevölkerung war erfreulich gross, der Aktionstag damit ein voller Erfolg.

Jetzt notwendige Massnahmen ergreifen

Das zweite Ziel ist auf gutem Weg: Die Gemeinde Seedorf soll ein umfassendes Konzept erarbeiten und auch umsetzen. Um den nötigen Schub zu erzeugen, haben wir bereits am Aktionstag Unterschriften gesammelt für eine Petition. Der Gemeinderat wird aufgefordert, eine Arbeitsgruppe mit Fachleuten aller betroffenen Bereiche einzusetzen. Es soll eine Zukunftsstrategie ausgearbeitet werden, als Grundlage zur Umsetzung und Finanzierung der notwendigen Massnahmen.

Wenn nichts geschieht, verlandet der See, die Bewässerungsreserve Lobsigensee versiegt, im trockenen Zustand zersetzt sich das UNESCO-Weltkulturerbe im Boden rasch – und Seedorf wird nicht mehr Seedorf sein. Es gibt keinen andern See im Dorf.

Hans Ruedi Schmutz,
Vorstandsmitglied Grüne Seedorf

Sozialpolitik attraktiver und wirkungsvoller gestalten!

Seit fast 20 Jahren wohnen wir nun in der Gemeinde Seedorf. Ich lebe mit meinem Mann, unseren drei Kindern und unseren Tieren im schönen Dorf Wiler. Wir geniessen unser Zuhause sehr und schätzen dabei das Naherholungsgebiet direkt vor der Haustüre. Meine Familie, die Tiere und die Natur sind mir wichtig. Seedorf liegt mir am Herzen. Daher setze ich mich für eine gut funktionierende Sozialpolitik und ein umweltbewusstes Leben ein. Wieso gilt Sozialpolitik für viele als unattraktiv? Der Sozialbereich wird immer einen grossen Kostenpunkt bei den Bundes-, Kantons- und Gemeindeausgaben ausmachen. Ich bin aber überzeugt, dass wir von der kurzfristigen Symptombekämpfung wegkommen und in eine langfristige Stärkung von Familien und allen Generationen investieren müssen. Aus einer gut funktionierenden Familie entwickeln sich gesunde und selbständige Kinder und Jugendliche. Im Idealfall durchleben sie eine gute Schul- und Ausbildungszeit. Durch ein solches Heranwachsen werden sie sich im Erwachsenenalter wiederum eher für ihre Familie, ihr nahes soziales Umfeld und das Gemeinwesen einsetzen. Solche BürgerInnen fühlen sich wohl, sind weniger oft krank und entlasten mit ihrer Selbstständigkeit die hohen Sozialkosten. Damit wiederum können wir unsere bewährten und nötigen Hilfestellungen für die Schwächsten unserer Gesellschaft aufrechterhalten. Um eine nachhaltige Sozialpolitik zu erreichen, braucht es also Investitionen in elementare Grundstrukturen wie beispielsweise Bildung und Familie.

Gaby Lütolf, Mitglied Sozial-, Kultur und Freizeitkommission, Kandidatin Gemeinderat

Impressum
Sie möchten die Grünen Seedorf näher kennen lernen? Wir freuen uns auf Ihre Kontaktaufnahme:
Grüne Seedorf, Christoph Waber,
Brügi 22, 3035 Frieswil
www.gruene-seedorf.ch
info@gruene-seedorf.ch
PC 61-760719-9
Redaktion S. 3–6: Grüne Kanton Bern,
Postfach 1066, 3000 Bern 23
www.gruenebern.ch
sekretariat@gruenebern.ch
Gestaltung: www.muellerluetolf.ch
Druck: Bubenberg Druck, Bern
Fotos S. 1/2/7/8: Christoph Waber
Portraitfotos S. 3–6: Fabian Lütolf
Foto S. 6: Paul Senn, FFV, Kunstmuseum Bern, Dep. GKS

…und leben mittendrin…!

Nicht immer ist uns bewusst, wie gut es uns geht. Wir ärgern uns über Kleinigkeiten, hetzen von Termin zu Termin und sehen im Alltag nicht immer, dass wir eigentlich mittendrin leben – mitten im geschenkten Paradies.
Ich etwa lebe im unspektakulären Dorf Burglauenen, im Grindelwaldtal. Ein Dutzend Bergbauernbetriebe, ein paar Leute, die am Morgen das Tal verlassen, um zur Arbeit zu gehen, ein paar RentnerInnen, ein paar TouristInnen. Kühe, Ziegen, alte, sonnengebräunte Häuser, eine Durchgangsstrasse, die Berner Oberland Bahn. Unspektakulär, wie gesagt. Im Sommer geht die Sonne am Wetterhorn auf und an der Schynige Platte unter. Im Winter geht die Sonne nicht auf. Von Oktober bis Februar liegt das Tal im Schatten. Dafür haben wir richtig Winter und richtig Sommer. Direkt ab Haustür kann ich zu Bergwanderungen auf das Faulhorn, nach Grindelwald oder nach Wengen starten. Oder ich steige hinter dem Haus 30 Minuten bergan und schon stehen sie vor mir – Eiger, Mönch und Jungfrau. Majestätisch, strahlend, schon ewig hier – lange vor uns. Möchten Sie sich selber ein Bild machen? Dann lassen Sie es mich wissen. Ich verrate Ihnen meine kleinen Wander- und Aussichts-Geheimtipps…
Auf unserer Ortstafel prangt das UNESCO-Logo. Wir sind Teil des UNESCO-Weltnaturerbes. Seedorf ist Weltkulturerbe mit seinen Pfahlbauten am Lobsigensee. Wir haben ein Juwel geerbt, Sie und ich. Sie am Lobsigensee, wir oben in den Bergen und Gletschern. Uns ist ein Welterbe anvertraut. Es war lange vor uns schon da und wir leben mittendrin – was für ein Geschenk…tragen wir Sorge dazu!

Herzliche Grüsse aus dem Weltnaturerbe Jungfrau-Aletsch zu Ihnen nach Seedorf. Zum Weltkulturerbe «Pfahlbauten am Lobsigensee».

Christine Häsler,
Grossrätin, Burglauenen

Mit sauberer Energie in die Zukunft

Ich bekenne Farbe

Viele Studien haben aufgezeigt, dass eine Versorgung mit rein erneuerbaren Energien möglich ist. Für die Umsetzung sind wir alle gefragt. Legen wir los!

Ich wohne seit gut drei Jahren mit meiner Frau und unseren drei Kindern in Frieswil, einer wunderschönen Ecke der Gemeinde Seedorf. Ein umweltbewusster Lebensstil ist mir wichtig. Wir besitzen kein eigenes Auto, darum sind die häufigen Verbindungen mit dem Postauto nach Aarberg und Bern ideal für uns. Wir achten auf eine saisonale und regionale Ernährung und kaufen gerne lokale Produkte. Unseren Strom beziehen wir aus erneuerbaren Quellen, vom Wasserkraftwerk in Aarberg und vom Windpark auf dem Mont Crosin.

Ich habe das Glück, in einer Firma zu arbeiten, in der Teilzeitarbeit auch in einer leitenden Funktion etwas Alltägliches ist. Das ermöglicht mir, viel Zeit mit meiner Familie zu verbringen und einen regelmässigen Papi-Tag zu haben. Hoffentlich erhalten in Zukunft immer mehr Väter diese Möglichkeit. Ich bin überzeugt, dass ein Vater ausgeglichener und damit für eine Firma wertvoller ist, wenn er möglichst oft mit seiner Familie zusammen sein kann.

Auch Seedorf hat grosses Potenzial bei erneuerbaren Energien

Für meine Kinder wünsche ich mir eine Zukunft, in der es normal ist, dass die Energie aus erneuerbaren Quellen stammt. Deshalb liegt mir die Förderung dieser Energieformen sehr am Herzen, privat wie auch im Beruf. Um den vollständigen Umstieg auf erneuerbare Energiequellen zu schaffen, werden wir Kompromisse eingehen müssen. Dieser Weg braucht Offenheit von allen und zwischendurch auch etwas Mut. Auch die Gemeinde Seedorf hat ein grosses Potenzial für die Nutzung erneuerbarer Energien und kann ihren Beitrag zur Energiewende leisten. Denken wir an morgen!

René Cattin, Frieswil, Kandidat Gemeinderat

Haben Sie die fünf Personen auf der Titelseite erkannt? In dieser Zeitung erfahren Sie mehr zu den Kandidierenden der Grünen für den Seedorfer Gemeinderat (v.l.n.r.): René Cattin, Sina Känel, Ueli Hügli, Gaby Lütolf und Véronique Bodmer. Am meisten unterstützen Sie uns, wenn Sie für die Wahlen vom 2. November 2014 Liste 4 einlegen. Vielen Dank für Ihre Unterstützung.